

## Pressemitteilung 539 / 2011

08.12.2011

Marcel Braumann, Pressesprecher

Innenpolitik

Tel.: 0351 - 4935823

Handy: 0171 - 8983985

Staatsanwaltschaft negiert Forderung des Datenschutzbeauftragten

Fax: 0351 - 4960384

### **K. Bartl / J. Bonk: Staatsanwaltschaft ignoriert Datenschutzbeauftragten / Nicht alle Handygate-Betroffenen werden informiert**

Im Umfeld einer Regierungsinformation und der gestrigen Anhörung im Verfassungs- und Rechtsausschuss (VRA) wurde bekannt, dass die Staatsanwaltschaft Dresden offensichtlich entgegen der Forderung des Datenschutzbeauftragten nicht alle von der Erhebung sog. Bestandsdaten Betroffene informieren will.

Dazu erklären **die Sprecherin für Daten- und Verbraucherschutz Julia Bonk und der Sprecher für Verfassung und Recht und Fraktions-Obmann im VRA Klaus Bartl:**

Alle Betroffenen einer Bestandsdatenerhebung zu informieren, entspricht der Regelanforderung der Strafprozessordnung. Dies hatte auch der Datenschutzbeauftragte in seinem Sonderbericht ausdrücklich gefordert.

Nun stellt sich die Staatsanwaltschaft Dresden auf den Standpunkt, dass nur die rund 800 Betroffenen informiert werden sollen, die ein förmliches Auskunftersuchen gestellt haben. Bei allen andern - insgesamt wurden bis jetzt mehr als 54.000 Bestands-Datensätze ausgewertet - geht die Staatsanwaltschaft Dresden davon aus, dass bei ihnen kein Interesse an einer Auskunft gegeben ist und will sie nicht informieren.

Das Ausmaß der Bestandsdatenerhebung verpflichtet aber gerade zur sauberen Aufklärung. Die ignorante Haltung der Staatsanwaltschaft Dresden verstärkt das Misstrauen vieler Bürgerinnen und Bürger gegenüber den Ermittlungsbehörden. Offensichtlich legt es die Staatsanwaltschaft Dresden darauf an, gerichtlich korrigiert zu werden.